_

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 13
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren -

Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 18.07.1997

2. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 29.05.1998

3. Instanz

Datum 26.01.2000

Die Revision der Beklagten gegen das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 29. Mai 1998 wird zur \tilde{A}^{1} /4ckgewiesen. Die Beklagte hat der Beigeladenen auch die au \tilde{A} ergerichtlichen Kosten des Revisionsverfahrens zu erstatten. Im \tilde{A}^{1} /4brigen sind f \tilde{A}^{1} /4r das Revisionsverfahren keine au \tilde{A} ergerichtlichen Kosten zu erstatten.

Gründe:

ī

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber den Beginn der Altersrente, welche der Beigeladenen von der Beklagten gew \tilde{A} xhrt wird.

FÃ⅓r die am 17. Dezember 1929 geborene Beigeladene wurden â∏ mit Unterbrechung â∏ in der Zeit von Oktober 1946 bis August 1949 Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. In dem Zeitraum von März 1945 bis Juni 1970 hat die Beigeladene 13 Kinder geboren und darÃ⅓ber hinaus noch ein Pflege- und ein Adoptivkind aufgezogen. Als örtlich zuständiger Träger der Sozialhilfe gewährte die Klägerin â∏ eine kreisfreie Stadt â∏ der Beigeladenen

und ihren Kindern laufend Hilfe zum Lebensunterhalt.

Das Sozialamt der KlĤgerin übersandte unter dem 25. November 1991 dem Versicherungsamt der KlĤgerin (Amt 35) per Amtspost unter dem Betreff "Prüfung von Rentenansprüchen der Sozialhilfeempfänger/Besprechung vom 18. November 1991" ein Schreiben mit folgendem Wortlaut: "Hiermit beantrage ich nach § 91a Bundessozialhilfegesetz (BSHG) die Gewährung von Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für 1. Personen ab 65 Jahren laut ADV-Liste vom 19.11.1991 Bl 1 â□¦ Bl 30, 2. Personen (von 60 bis 65 Jahren) laut ADV-Liste vom 19.11.1991 Bl 1 bis Bl 16 und bitte um weitere Veranlassung." Dem Schreiben beigefügt war ein Auszug aus der Datenverarbeitung mit den laufenden Nummern 673 bis 728. Unter der Nummer 718 wurde die Beigeladene mit Namen, Geburtsdatum und Anschrift aufgeführt. Gleichzeitig meldete die Klägerin mit diesem Schreiben einen Erstattungsanspruch nach § 104 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) iVm § 140 BSHG an.

Unter dem 15. April 1994 nahm das Versicherungsamt der Klägerin den förmlichen Rentenantrag der Beigeladenen auf. In diesem Antragsformular sind in der Rubrik "Datum der Antragstellung" das ursprünglich eingesetzte Datum "15.04.1994" in "25.11.1991" geändert und als beantragte Leistungen "Regelaltersrente" und "Altersrente für langjährige Versicherte wegen Vollendung des 63. Lebensjahres" angekreuzt. AuÃ□erdem enthält der Antrag den handschriftlichen Zusatz: "Hiermit beantrage ich vorsorglich die Berechtigung zur freiwilligen Beitragszahlung ab 1/91 zur Erfüllung der Wartezeit von 35 Jahren."

Dieser Formantrag ging am 28. April 1994 bei der Beklagten mit einem Anschreiben des Versicherungsamtes vom 15. April 1994 ein, das folgenden Hinweis enthĤlt: "Der als Anlage beigefļgte Rentenantrag wurde am 25.11.1991 durch das Sozialamt der Stadt Düsseldorf gemäÃ∏ § 91a BSHG formlos gestellt. Da das Sozialamt für eine Vielzahl von Personen Rentenanträge formlos stellte, ist es dem Versicherungsamt Düsseldorf aus personellen Grþnden erst jetzt möglich, eine formelle Antragstellung zu bewirken."

Die Beklagte lieà mit Bescheid vom 24. April 1995 die Beigeladene zur Entrichtung von freiwilligen Beitrà gen fà 4r die Zeit ab 1. Januar 1991 mit dem Hinweis zu, daà mit der Nachzahlung der freiwilligen Beitrà ge frà 4hestens ab 1. Mai 1994 und ohne die Nachzahlung ab 1. Januar 1995 ein Rentenzahlungsanspruch bestehe. Der Klà gerin wurde eine Zweitschrift dieses Bescheides à 4bersandt.

Am 14. Juni 1995 wurden auf das Versicherungskonto der Beigeladenen bei der Beklagten freiwillige BeitrĤge iHv insgesamt 2.257,92 DM eingezahlt, womit im Versicherungsverlauf der Beigeladenen die Monate Januar 1991 bis September 1992 belegt wurden.

Mit Bescheid vom 5. September 1995 gewährte die Beklagte der Beigeladenen "gemäÃ□ dem Antrag vom 25. November 1991" Altersrente fþr langjährig Versicherte ab 1. Mai 1994. Die Anspruchsvoraussetzungen seien ab 16. Dezember 1992 erfþllt. Mit ihrem hiergegen erhobenen Widerspruch machte die Klägerin

geltend, die Rente m \tilde{A}^{1} /sse mit dem 1. Januar 1993 beginnen. Der am 25. November 1991 formlos gestellte Rentenantrag sei von der Beklagten als wirksam angesehen worden.

Daraufhin änderte die Beklagte mit Bescheid vom 13. November 1995 den Rentenbescheid vom 5. September 1995 dahin ab, daÃ☐ der Leistungsfall am 28. April 1994 eingetreten sei. Im übrigen wies sie den Widerspruch der Klägerin mit Widerspruchsbescheid vom 25. Januar 1996 als unbegründet zurück.

Auf die von der KlĤgerin erhobene Klage hat das Sozialgericht (SG) unter AbĤnderung des Bescheides vom 5. September 1995 und Aufhebung des Bescheides vom 13. November 1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25. Januar 1996 die Beklagte verurteilt, der Beigeladenen Altersrente für langjährige Versicherte ab dem 1. Januar 1993 zu gewähren (Urteil vom 18. Juli 1997). Das Landessozialgericht (LSG) hat die Berufung der Beklagten durch Urteil vom 29. Mai 1998 im wesentlichen mit folgender Begründung zurückgewiesen:

Die Beigeladene habe gegenüber der Beklagten einen Anspruch auf die GewĤhrung von Altersrente für langjährig Versicherte ab Beginn des auf die Vollendung ihres 63. Lebensjahres folgenden Kalendermonats. Der Rentenanspruch, dessen Inhaberin die Beigeladene geblieben sei, sei am 25. November 1991 formlos bei dem Versicherungsamt der KlĤgerin geltend gemacht worden. Im Wege des Herstellungsanspruchs sei die Beigeladene so zu stellen, wie sie stehen würde, wenn das Versicherungsamt entsprechend seiner gesetzlichen Verpflichtung den unter dem 25. November 1991 entgegengenommenen Leistungsantrag unverzüglich an die Beklagte weitergeleitet hätte. DaÃ∏ diese unverzügliche Weiterleitung unterblieben sei, müsse sich die Beklagte im Verhältnis zur Beigeladenen zurechnen lassen. Im Falle der zeitnahen, unverzüglichen Weiterleitung des Rentenantrags h\(\tilde{A}\) xtte die Beklagte die Beigeladene auf die naheliegende GestaltungsmĶglichkeit der Entrichtung freiwilliger BeitrĤge zur Wartezeiterfýllung nach § 36 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) für die Zeit ab 1. Januar 1991 hinweisen müssen. Bei sodann zeitnah erfolgter BereiterklĤrung zur Entrichtung freiwilliger BeitrĤge und Zahlung dieser Beiträge wären die Voraussetzungen für die Gewährung einer Altersrente für langjährig Versicherte vom 1. Januar 1993 an erfüllt gewesen. Die von der Beklagten aufgeworfene Frage nach einem internen Fehlverhalten der KlĤgerin sei ebensowenig bedeutsam geworden wie die Frage, ob die KlAzgerin im November 1991 nach § 91a BSHG die Rechte der Beigeladenen gegenüber der Beklagten geltend gemacht habe und ob die Erklärung des Sozialamtes der Klärgerin gegenüber dem Versicherungsamt der Klägerin vom 25. November 1991 nach au̸en gewirkt habe. MaÃ∏geblich sei allein die Tatsache, daÃ∏ die Klägerin fþr die Beigeladene als Inhaberin des Rechtsanspruches zur Beschleunigung des Rentenverfahrens am 25. November 1991 gegenüber dem für die Beklagte in das Rentenverfahren einbezogenen Versicherungsamt den Antrag auf RentengewĤhrung gestellt, das Versicherungsamt diesen Antrag nicht unverzüglich an die Beklagte weitergeleitet und die Beklagte sich dieses Verhalten zurechnen zu lassen habe.

Mit ihrer vom LSG zugelassenen Revision r $\tilde{A}^{1/4}$ gt die Beklagte die Verletzung materiellen Rechts (\hat{A} § 99 Abs 1 SGB VI und \hat{A} § 16 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) iVm \hat{A} § 91a BSHG) und tr \hat{A} ¤gt im wesentlichen vor:

Die KlĤgerin sei als kreisfreie Stadt sowohl TrĤgerin der Sozialhilfe als auch Versicherungsamt. Als erstattungsberechtigter TrÄger kä¶nne die Klägerin gemäÃ∏ § 91a BSHG die Feststellung einer Sozialleistung betreiben. Ein solcher Antrag auf eine Sozialleistung könne zwar gemäÃ∏ § 16 SGB I nicht nur beim zustĤndigen LeistungstrĤger, sondern auch bei einer Gemeinde gestellt werden, doch kA¶nne ein Sozialamt nicht beim Versicherungsamt derselben kreisfreien Stadt die Feststellung einer Sozialleistung betreiben. Ein Antrag, den die kreisfreie Stadt bei sich selbst stelle, entfalte keine AuA\(\tilde{\Pi}\)enwirkung. Dagegen setze \(\hat{A}\)\(\hat{S}\) 16 Abs 2 Satz 2 SGB I begrifflich das "Eingehen" eines Antrages voraus, der Antrag müsse sich somit zuvor auÃ∏erhalb der kreisfreien Stadt befunden haben. Dabei komme es nicht darauf an, ob das Sozialamt und das Versicherungsamt organisatorisch getrennt seien. Des weiteren handele die KlĤgerin rechtsmi̸bräuchlich, wenn sie sozusagen "ins Blaue" hinein pauschal Rentenanträge stelle, indem sie EDV-Listen mit Sozialhilfeempfängern ausdrucken lasse und dem Versicherungsamt gegenüber erkläre, hiermit die GewĤhrung von Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 91a BSHG zu beantragen und gleichzeitig einen Erstattungsanspruch geltend zu machen. Der von der Klägerin gemäÃ□ § 91a BSHG gestellte Antrag sei demnach erst mit seinem Eingang bei ihr, der Beklagten, wirksam geworden. Dies gelte jedenfalls für die Bereiterklärung zur Nachentrichtung von freiwilligen Beiträgen vom 15. April 1994, die nicht als bereits am 25. November 1991 abgegeben angesehen werden kA¶nne.

Die Annahme eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruches zugunsten der Beigeladenen scheide aus. Die Beigeladene werde nicht benachteiligt, da bei einem Rentenbeginn ab 1. Januar 1993 alle Einzelansprüche vom Erstattungsanspruch der Klägerin erfaÃ∏t würden. Ein sich lediglich zugunsten der Klägerin auswirkender Herstellungsanspruch lasse sich nicht vertreten. Diese habe das Rentenverfahren selbst verzĶgert, indem sie die Ansprļche auf Rentenzahlung und Beitragsentrichtung erst nach fast 2 ½ Jahren ihr gegenüber geltend gemacht habe. Erst ab Eingang des Antrages habe sie â∏∏ die Beklagte â∏∏ die Anspruchsvoraussetzungen prüfen können. Die für den Rentenanspruch erforderliche Wartezeit sei von der Beigeladenen erst mit der tatsÄxchlichen Beitragszahlung erfüllt worden. Die Dauer des Verwaltungsverfahrens ab Eingang des Rentenantrags am 28. April 1994 werde der Beigeladenen nicht angelastet, so da̸ die Altersrente zu Recht ab 1. Mai 1994 festgestellt worden sei. Im übrigen stehe einem sozialrechtlichen Herstellungsanspruch die ErfA¼llungsfiktion des § 107 SGB X entgegen, da die Beigeladene an dem ErstattungsverhÄxltnis zwischen den beiden LeistungstrĤgern nicht beteiligt sei.

Die Beklagte beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 29. Mai 1998 sowie das Urteil des Sozialgerichts $D\tilde{A}^{1}_{4}$ sseldorf vom 18. Juli 1997 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die KlĤgerin beantragt, die Revision der Beklagten zurļckzuweisen.

Sie hÃxlt die Entscheidung der Vorinstanzen für zutreffend.

Die Beigeladene stellt keinen Antrag.

Ш

Die Revision der Beklagten ist zulÄxssig, aber unbegrļndet.

Zutreffend sind die Vorinstanzen davon ausgegangen, da̸ die Sachurteilsvoraussetzungen für die Klage gegeben sind und insbesondere die KlĤgerin befugt ist, den Rentenanspruch der Beigeladenen im Gerichtsverfahren geltend zu machen. Diese Befugnis der KlĤgerin ergibt sich aus § 91a Satz 1 BSHG. Nach dieser Vorschrift kann der erstattungsberechtigte TrĤger der Sozialhilfe die Feststellung einer Sozialleistung betreiben sowie Rechtsmittel einlegen. Damit ist dem Sozialhilfeträger eine gesetzliche ProzeÃ∏standschaft eingerÄxumt, aus der eine entsprechende Klagebefugnis folgt (vgl zB BSGE 70, 72, 75 ff = SozR 3-5910 § 91a Nr 1; BSGE 82, 112, 114 = BSG SozR 3-5910 § 91a Nr 4; Bundessozialgericht (BSG), Urteil vom 1. Juli 1997 â∏ 2 RU 32/96 -; BSG, Urteil vom 15. August 1996 â_{□□} 9 RVi 1/94 -; Oesterreicher/Schelter/Kunz, BSHG mit Recht der Kriegsopferfürsorge â∏ Kommentar, § 91a RdNr 20; Schellhorn/Jirasek/Seipp, BSHG, 15. Aufl, § 91 RdNr 16). Ob der Träger der Sozialhilfe von dieser ErmĤchtigung Gebrauch macht, liegt in seinem pflichtgemäÃ∏en Ermessen (BSG, Urteil vom 1. Juli 1997 â∏ aaO; Schellhorn/ Jirasek/Seipp, aaO, § 91a RdNr 7; Knopp/Fichtner, BSHG, 7. Aufl, § 91a RdNr 5). Er kann dies aber nur, wenn und soweit ihm ein berechtigtes Interesse an der Feststellung zuzubilligen ist (BSG, Urteil vom 1. Juli 1997, aaO).

Vorliegend ist nach den von dem LSG getroffenen Feststellungen davon auszugehen, daà die Klã¤gerin als örtlich zustã¤ndige Trã¤gerin der Sozialhilfe (§ 96 Abs 1 Satz 1 BSHG) erstattungsberechtigt iS von § 91a BSHG ist, da der überwiegende Teil des Lebensunterhaltes der Beigeladenen und ihrer Kinder durch Hilfe zum Lebensunterhalt bestritten wurde. Es fehlen zwar ausdrückliche Feststellungen dazu, ob dies auch für den hier streitigen Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1993 und 30. April 1994 der Fall war, aufgrund des vom LSG geschilderten Sachverhaltes unterliegt dies jedoch keinem Zweifel. Auch die Beklagte geht davon aus, daà der Klã¤gerin ein Erstattungsanspruch für diesen Zeitraum zusteht.

Die Einleitung und Betreibung des Rentenfeststellungsverfahrens durch die Klä¤gerin, kann auch nicht als ermessensfehlerhaft angesehen werden (zu diesem Gesichtspunkt vgl Schellhorn/Jirasek/Seipp, aaO, § 91a RdNrn 9, 21). Zwar dient das von der Klä¤gerin betriebene Verfahren offenkundig dazu, evtl Erstattungsansprä¼che mä¶glichst umfassend geltend machen zu kä¶nnen, wä¤hrend â∏ jedenfalls nach den Ausfä¼hrungen der Beklagten â∏ die Beigeladene wohl kaum unmittelbare finanzielle Vorteile aus der Feststellung eines frä¼heren Rentenbeginns ziehen kann. Allein dieser Umstand fä¼hrt jedoch nicht

zu der Bewertung, das Verhalten der Klägerin sei miÃ□bräuchlich. Ziel des § 91a BSHG ist es auch bzw gerade, dem Träger der Sozialhilfe die Möglichkeit zu geben, anstelle des Hilfesuchenden die Feststellung von Sozialleistungen zu betreiben und damit vorrangige Ansprýche schneller auszuschöpfen (Schellhorn/Jirasek/Seipp, aaO, § 91a RdNr 1; Oesterreicher/Schelter/Kunz, aaO, § 91a RdNr 3). Damit dient § 91a BSHG auch der Sicherung des Nachranges der Sozialhilfe (BSGE 70, 72 = SozR 3-5910 § 91a Nr 1; Oesterreicher/ Schelter/Kunz, aaO, § 91 RdNr 3) und â□□ soweit bereits Leistungen erbracht worden sind â□□ zur Sicherung der Erstattung (BSG SozR 3-5910 § 91a Nr 4). Macht der Träger der Sozialhilfe unter diesem Gesichtspunkt von der Möglichkeit des § 91a BSHG Gebrauch, kann dies in aller Regel nicht als ermessensfehlerhaft angesehen werden (Schellhorn/Jirasek/ Seipp, aaO, RdNr 7).

Auch wenn aufgrund des § 91a BSHG der Sozialhilfeträger ein Verwaltungsverfahren in Gang setzen und alle Verfahrenshandlungen vornehmen kann, die dem Berechtigten zustehen, so bleibt der Berechtigte gleichwohl Inhaber des Anspruchs auf die Sozialleistung, so daÃ☐ der vorrangig verpflichtete Leistungsträger grundsätzlich auch nur dazu verurteilt werden kann, die Leistungen an den Anspruchsinhaber, dh den materiell Berechtigten, zu erbringen (BSG SozR 3-5910 § 91a Nr 4). Nichts anderes wird vorliegend fýr den streitigen Zeitraum von der Klägerin begehrt.

Die MĶglichkeit der KlĤgerin, den Rentenanspruch der Beigeladenen im Klageverfahren geltend zu machen, ist auch nicht durch die ErfA¼llungsfiktion des § 107 Abs 1 SGB X ausgeschlossen. Nach dieser Vorschrift gilt der Anspruch des Berechtigten gegen den zur Leistung verpflichteten LeistungstrĤger als erfļllt, soweit ein Erstattungsanspruch besteht. Mit der ErfA¼llungsfiktion in § 107 SGB X hat der Gesetzgeber sich aus Gründen der Rechtsklarheit und der VerwaltungsA¶konomie fA¼r eine unkomplizierte und im Rahmen des Sozialleistungsrechts einheitliche Form des Ausgleichs von Leistungsbewilligungen entschieden, die eine Rýckabwicklung im VerhÃxltnis zwischen vorleistendem TrÄxger und Leistungsberechtigtem sowie ein Nachholen der Leistung im VerhÄxltnis zwischen leistungspflichtigem TrÄxger und Leistungsberechtigtem ausschlieÃ⊓en soll (BSG SozR 3-1300 <u>§ 107 SGB X</u> Nr 10). Diese Erfüllungsfiktion tritt unabhĤngig davon ein, ob der Erstattungsanspruch vom berechtigten TrĤger geltend gemacht wird (BSG aaO). Mit § 107 Abs 1 SGB X sollen Doppelleistungen vermieden werden; zugleich wird verhindert, da̸ der Empfänger der Vorleistung seinen Sozialleistungsanspruch gegen den vorrangig zustĤndigen LeistungstrĤger behält und durchsetzen bzw anderweitig darüber verfügen oder daÃ∏ ein anderer etwa durch PfĤndung auf diesen Anspruch Zugriff nehmen kann (von Wulffen in Schroeder-Printzen ua, SGB X, 3. Aufl, § 107 RdNr 2). Entsteht kraft Gesetzes ein Erstattungsanspruch des Trägers der Sozialhilfe nach §Â§ 102 bis 105 SGB X, so ist der im Rahmen des § 91a BSHG festgestellte Anspruch des Berechtigten im Umfang des bestehenden Erstattungsanspruches an den TrĤger der Sozialhilfe auszuzahlen (Schellhorn/Jirasek/Seipp, aaO, § 91a RdNr 16). Nur soweit ein solcher Erstattungsanspruch des TrÄxgers der Sozialhilfe nicht besteht oder nicht den Umfang des dem Berechtigten zustehenden Anspruches erreicht, sind die Leistungen an den Berechtigten zu zahlen (Schellhorn/Jirasek/Seipp, aaO,

RdNr 16).

Diese mit <u>§ 107 SGB X</u> verfolgten Zwecke stehen im vorliegenden Fall einem Vorgehen der KlĤgerin nach § 91a BSHG nicht entgegen. Insoweit ist zu berücksichtigen, daÃ∏ die Klägerin nur ein Grundurteil erstreiten will. In diesem Sinne sind auch die Entscheidungen der Vorinstanzen zu verstehen, welche die Beklagte nicht zur Auszahlung der Rente mit einem bestimmten Zahlbetrag an die Beigeladene verurteilt haben, was evtl zu einer Doppelleistung hÄxtte fļhren können, sondern nur die Verpflichtung der Beklagten ausgesprochen haben, die Rente bereits ab 1. Januar 1993 zu gewÄxhren. Diese mit dem Grundurteil auferlegte Verpflichtung bedarf noch der Durchfļhrung eines sich anschlieÃ⊓enden Betragsverfahrens (zu dieser Unterscheidung vgl BSG SozR 3-1300 § 104 Nr 3). Erst in diesem Betragsverfahren sind etwaige Erstattungsansprýche der KlĤgerin zu berļcksichtigen, die ggf gegenüber der Beigeladenen zu der mit § 107 SGB X begründeten Fiktion führen, daÃ∏ entsprechende Rentenansprüche der Beigeladenen gegen die Beklagte als erfüllt anzusehen sind. Für das Verfahren auf ErlaÃ∏ eines Grundurteils wird es als ausreichend angesehen, da̸ ein Anspruch auf eine Mindestleistung vorhanden oder zumindest wahrscheinlich ist (BSG SozR 3-1300 § 104 Nr 3). Hierzu sind zwar hier vom LSG keine nĤheren Feststellungen getroffen worden, angesichts der Gegebenheiten des vorliegenden Falles jedoch entbehrlich.

Wollte man der KlĤgerin das Recht bestreiten, über § 91a BSHG im Wege eines Grundurteils einen Anspruch der berechtigten Beigeladenen geltend zu machen, der im VerhÄxltnis zur Beklagten wegen des bestehenden Erstattungsanspruches bereits in vollem Umfang als erfüllt anzusehen wäre, so würde dies in eine Art "Zirkelschlu̸" münden; die Befugnis des Sozialhilfeträgers aus § 91a BSHG würde in derartigen Fällen praktisch ins Leere gehen. Auch wenn der Sozialhilfeträger über § 91a BSHG nicht mehr Rechte geltend machen kann, als dem Versicherten zustehen, so bleibt zu berücksichtigen, daÃ∏ ein Vorgehen nach § 91a BSHG auch ein eigenes Interesse des SozialhilfetrĤgers, nĤmlich die (mittelbare) Verfolgung eines Erstattungsanspruches voraussetzt. Würde dem erstattungsberechtigten SozialhilfetrÄxger wegen der Erfļllungsfiktion des <u>ŧ 107</u> SGB X bereits der Weg zur Erlangung eines Grundurteils abgeschnitten, würde er häufig einen in der Sache berechtigten Erstattungsanspruch gleichwohl nicht realisieren können, weil er im Erstattungsverfahren grundsätzlich an die dem Versicherten gegenüber ergangene Entscheidung des RentenversicherungstrĤgers gebunden wĤre (vgl hierzu BSG SozR 3-1300 § 104 Nr 15; BSG SozR 3-2200 § 183 Nr 6; BSG SozR 3-2600 § 99 Nr 2; Senatsurteil vom 1. September 1999 â∏∏ B 13 RI 49/98 R -). Ihm muÃ∏ daher auch in den Fällen das Recht eingerĤumt sein, die Feststellung eines Rentenanspruches des Berechtigten dem Grunde nach zu betreiben, wenn diesem gegenļber der Rentenanspruch wegen der gewĤhrten Sozialhilfe gemĤÃ∏ <u>§ 107 SGB X</u> bereits als erfüllt gilt. Die Feststellung, in welchem Umfang diese ErfÃ⅓llungsfiktion greift, muÃ∏ dem anschlie̸enden Betragsverfahren zur Feststellung der Höhe der Rentenzahlungsansprüche vorbehalten bleiben.

In der Sache haben die Vorinstanzen zutreffend entschieden, da̸ die der

Beigeladenen gewĤhrte Altersrente zum 1. Januar 1993 zu beginnen hat. Dieser Rentenbeginn ergibt sich allerdings nicht bereits aus der direkten Anwendung der rentenrechtlichen Vorschriften, sondern nur unter Berücksichtigung des von der Klägerin geltend gemachten sozialrechtlichen Herstellungsanspruches der Beigeladenen gegen die Beklagte.

Der für den Beginn einer Rente maà gebliche § 99 Abs 1 SGB VI bestimmt: Eine Rente aus eigener Versicherung wird von dem Kalendermonat an geleistet, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen für die Rente erfüllt sind, wenn die Rente bis zum Ende des dritten Kalendermonats nach Ablauf des Monats beantragt wird, in dem die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Bei späterer Antragstellung wird eine Rente aus eigener Versicherung von dem Kalendermonat an geleistet, in dem die Rente beantragt wird. Unter Anwendung dieser Vorschrift war die Beklagte zutreffend davon ausgegangen, daà die Altersrente der Beigeladenen frühestens mit dem 1. Mai 1994 beginnen konnte, weil die Voraussetzungen für die Zahlung der Rente entsprechend dieser Bestimmung jedenfalls nicht vor April 1994 erfüllt waren.

Nach § 36 SGB VI wird Altersrente für langjährig Versicherte gezahlt, wenn das 63. Lebensjahr vollendet und die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt ist. Die Voraussetzungen dieser Vorschrift waren zunächst vor April 1994 nicht gegeben, denn bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Beigeladene zwar bereits das 63. Lebensjahr vollendet, aber noch nicht die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt. Selbst wenn man in diesem Zusammenhang von der Rentenantragstellung am 25. November 1991 ausgeht, wurde die Wartezeit als eine der Anspruchsvoraussetzungen für die Altersrente erst mit der tatsächlichen Zahlung der noch erforderlichen Beiträge für die Zeit von Januar 1991 bis September 1992 erfüllt, denn die Anspruchsvoraussetzungen liegen, wenn zB die Zahlung freiwilliger Beiträge zur Erfüllung der Wartezeit erforderlich ist, erst mit der tatsächlichen Beitragszahlung vor (Maier/Barkmin in Berliner Komm § 99 SGB VI RdNr 19; Haase in Wannagat, Sozialgesetzbuch, § 99 SGB VI RdNr 5; BSG SozR 2200 § 1290 Nr 12).

Die Beklagte hat jedoch für den Zeitpunkt der Erfüllung der Wartezeit zugunsten der Beigeladenen auf den Antrag auf Nachentrichtung der Beiträge (April 1994) abgestellt. Damit ist sie der von den Versicherungsträgern geÃ⅓bten Praxis gefolgt, nach der entsprechend dem Rechtsgedanken des frÃ⅓heren § 1419 Abs 2 der Reichsversicherungsordnung Beiträge als zu dem Zeitpunkt wirksam entrichtet gelten, zu dem die sog Bereiterklärung abgegeben worden ist, wenn die tatsächliche Beitragszahlung in angemessener Frist erfolgt (vgl hierzu Maier/Barkmin, aaO, § 99 SGB VI RdNr 20; Verbkomm, § 99 SGB VI RdNr 6; Zweng/Scheerer/Buschmann, Handbuch der Rentenversicherung Teil 2 â∏ SGB VI, § 99 RdNr 20; Eicher/Haase/Rauschenbach, Die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, § 99 SGB VI Anm 2; Niesel in Kasseler Komm, § 99 SGB VI, RdNr 10).

Von einem noch früheren Antrag auf Zulassung zur Nachentrichtung freiwilliger Beiträge kann nach den vom LSG getroffenen Feststellungen nicht ausgegangen

werden. Das vom Sozialamt der Klägerin an das Versicherungsamt ýbermittelte Schreiben vom 25. November 1991 enthielt keinen Hinweis auf eine â \square auch nur vorsorgliche â \square Stellung eines Antrages zur Nachentrichtung von Beiträgen. Eine solche Antragstellung kommt insbesondere nicht in dem Betreff "Prýfung von Rentenansprýchen der Sozialhilfeempfänger â \square ;" zum Ausdruck. Auch sonst ergeben sich keine Anhaltspunkte dafýr, daÃ \square die Voraussetzungen für eine Gewährung der begehrten Rente nach den gesetzlichen Bestimmungen bereits vor April 1994 erfüllt gewesen sein könnten.

Gleichwohl ist die Beklagte verpflichtet, den Beginn der Altersrente der Beigeladenen zum 1. Januar 1993 festzustellen, denn sie hat die Beigeladene so zu stellen, als ob diese rechtzeitig vor Vollendung des 63. Lebensjahres den Antrag auf Nachentrichtung von BeitrĤgen gestellt und die BeitrĤge sodann zeitnah eingezahlt hĤtte. Zu Recht haben die Vorinstanzen insoweit einen sozialrechtlichen Herstellungsanspruch der Beigeladenen gegen die Beklagte bejaht.

Fýr die Prüfung der Voraussetzungen des Herstellungsanspruchs ist auf das mit dem Rentenantrag konkretisierte SozialrechtsverhÃ α ltnis zwischen der Beigeladenen und der Beklagten abzustellen. Die Tatsache, daÃ α das Rentenverfahren nicht von der Beigeladenen selbst veranlaÃ α t worden ist, rechtfertigt es nicht, sie anders zu behandeln, als wenn sie bereits den formlosen Rentenantrag persÃ α nlich gestellt hÃ α tte. Da trotz des von der KlÃ α gerin gestellten Antrags die Beigeladene materiell allein Berechtigte blieb, war die Beklagte ihr gegenÃ α 4ber verpflichtet, alles zu tun, um deren sozialen Rechte α 1 hier: deren Rentenanspruch α 1 zum frÃ α 4hest mÃ α 1 glichen Zeitpunkt zu verwirklichen (vgl α 5 17 Abs 1 Nr 1 SGB I).

Soweit die Beklagte bei der Bearbeitung des Rentenantrags eine aus dem SozialrechtsverhÄxltnis mit der Beigeladenen resultierende Pflicht verletzt hat und die Beigeladene die ErfA¹/₄llung ihres Rentenrechts im Wege des Herstellungsanspruchs geltend machen kann, ist die KlĤgerin im Rahmen des § 91a BSHG befugt, auch diesen Anspruch fýr die Beigeladene durchzusetzen. Auch insoweit macht sie lediglich im eigenen Namen ein fremdes Recht geltend, was darin zum Ausdruck kommt, da̸ sie für den streitigen Zeitraum weiterhin (dem Grunde nach) die GewĤhrung der Rente an die Beigeladene und nicht die Erstattung von Leistungen an sich selbst begehrt. Es kommt daher få¼r die Prüfung des Herstellungsanspruchs nicht auf das RechtsverhÃxltnis zwischen der KlĤgerin und der Beklagten an. Demzufolge kann der Einwand der Beklagten nicht greifen, die KlĤgerin mache guasi einen Herstellungsanspruch gegen sich selbst geltend bzw betreibe ein "In-Sich-GeschAxft". Ebensowenig trAxgt das Argument der Beklagten, das richterrechtliche Rechtsinstitut des Herstellungsanspruchs könne nicht auf die Beziehungen zwischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften ausgedehnt werden. Ob die Beklagte sich im Rahmen des RechtsverhĤltnisses zwischen ihr und der Beigeladenen eine Pflichtverletzung zurechnen lassen muÄ\, ist nach den anerkannten GrundsÄxtzen fļr das Vorliegen eines Herstellungsanspruchs zu prüfen. Sind diese Voraussetzungen zugunsten der Beigeladenen gegeben, kann es für deren Herstellungsanspruch nicht erheblich sein, ob darüber hinaus einer der beteiligten Sozialleistungsträger in deren

Verhältnis zueinander gegen das Gebot der engen Zusammenarbeit (<u>§ 86 SGB X</u>) verstoÃ∏en haben könnte.

Ungeachtet der noch immer nicht ganz geklĤrten dogmatischen Grundlegung im einzelnen (vgl hierzu Seewald in Kasseler Komm, vor ŧŧ 38 bis 47 SGB I RdNr 30; Jung in Festschrift Gitter, 1996, 417, 419; Ibsen, DVBI 1987, 389 f; Mrozynski, SGB I, 2. Aufl, ŧ 14 RdNr 18) ist von der Rechtsprechung des BSG (vgl BSGE 60, 158, 164 mwN; BSGE 71, 17, 22 = SozR 3-4100 ŧ 103 Nr 8) ein Herstellungsanspruch unter folgenden Voraussetzungen bejaht worden: 1. Vorliegen einer Pflichtverletzung, die sich der SozialleistungstrĤger im VerhĤltnis zum Berechtigten zurechnen lassen muÄ□, 2. Eintritt eines rechtlichen Nachteils oder Schadens beim Berechtigten, 3. Kausalzusammenhang zwischen der Pflichtverletzung und dem Schadenseintritt, 4. MĶglichkeit der Herstellung des Zustandes, der ohne die Pflichtverletzung eingetreten wĤre (zu den Voraussetzungen des Herstellungsanspruches im einzelnen vgl auch Jung, aaO, 417, 420 ff; Ibsen, aaO, 389; Seewald, aaO, RdNr 33; Schultes, MittLVA Oberfr 1996, 124, 136; Ĥhnlich, wenngleich mit zum Teil anderer Terminologie BSG SozR 3-2600 ŧ 58 Nr 2 mwN). Diese Voraussetzungen sind vorliegend erfĽllt.

Die Pflichtverletzung, die sich die Beklagte zurechnen lassen muÃ□, ist in der verzögerten Weiterleitung bzw Bearbeitung des am 25. November 1991 von der Klägerin gestellten Rentenantrages zu sehen. Mit der Stellung dieses Antrages beim Versicherungsamt entstand fþr dieses die Pflicht, entsprechend tätig zu werden.

In dem Schreiben des Sozialamtes vom 25. November 1991 an das Versicherungsamt ist eine zwar formlose, aber wirksame Rentenantragstellung zugunsten der Beigeladenen zu sehen. Nach allgemein vertretener Ansicht bedürfen Anträge auf Sozialleistungen für ihre Wirksamkeit keiner besonderen Form (Klattenhoff in Hauck, SGB I, § 16 RdNr 5; Verbkomm, <u>§ 16 SGB I</u> RdNr 3). Sie müssen lediglich in erkennbarer Weise zum Ausdruck bringen, daÃ∏ von einem Antragsrecht Gebrauch gemacht worden ist (Bley in Gesamtkomm, § 16 SGB | Anm 2b); vgl auch Verbkomm § 16 SGB | RdNr 3). Um ein Verwaltungsverfahren in Gang zu setzen, reicht es somit aus, da̸ eine auf GewĤhrung der Leistung gerichtete WillenserklĤrung gegenļber dem SozialleistungstrÄgger abgegeben wird (vgl zB BSGE 2, 273, 275; BSG, Urteil vom 26. Mai 1988 â∏∏ <u>5/4a RI 21/87</u>). Diesen Mindestanforderungen genügt das vom Sozialamt übersandte Schreiben, indem es die Personen, für die gemäÃ∏ § 91a BSHG ein Antrag gestellt werden sollte, eindeutig mit Namen, Geburtsdatum und Anschrift bezeichnete und auch die begehrte Leistung â∏ Altersrente â∏∏ hinreichend deutlich benannte. Da̸ das Schreiben nicht den ausdrücklichen Antrag auf GewĤhrung von Altersrente für langjährige Versicherte enthält, ist unschĤdlich. Aus dem Zusammenhang mit den übersandten Listen ergibt sich jedenfalls, da̸ die Bewilligung einer Altersrente begehrt wurde. Die nähere Prüfung, welche Altersrente im einzelnen frühestens in Betracht kam, war dagegen Aufgabe der Beklagten.

Entgegen der Auffassung der Beklagten stand der Wirksamkeit des Antrages vom

25. November 1991 nicht entgegen, da̸ dieser vom Sozialamt der Klägerin an deren eigenes Versicherungsamt gesandt wurde. ZunĤchst ist der Beklagten darin zuzustimmen, da̸ es sich bei dem Antrag auf eine Sozialleistung um eine öffentlich-rechtliche empfangsbedürftige Willenserklärung handelt, auf die § 130 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) entsprechende Anwendung findet (vgl BSG SozR 5486 Art 4 § 2 Nr 2; <u>BSGE 48, 12</u>, 16 = <u>SozR 2200 § 1227 Nr 23</u>; BSG SozR 3-2200 § 1236 Nr 3; Bley in Gesamtkomm, § 16 SGB I Anm 2 Buchst d (aa); Verbkomm, § 16 SGB | RdNr 3; Klattenhoff in Hauck, SGB |, § 16 RdNr 5; Vogel, SGb 1993, 355, 356). Damit ist aber die Frage, wem gegenüber diese WillenserklĤrung abzugeben bzw wann sie als bewirkt anzusehen ist, noch nicht beantwortet. Nach <u>§ 16 Abs 1 Satz 1 SGB I</u> sind Sozialleistungen grunds Axtzlich beim zustĤndigen SozialleistungstrĤger zu beantragen. Der Antrag ist gestellt, wenn er in den Machtbereich des SozialleistungstrĤgers gelangt (Mrozynski, aaO, § 16 RdNr 9). Nach <u>§ 16 Abs 1 Satz 2 SGB I</u> werden Anträge auch von allen anderen LeistungstrĤgern und von allen Gemeinden entgegengenommen mit der Wirkung, daà der Antrag als zu dem Zeitpunkt gestellt gilt, in dem er bei einem unzustĤndigen LeistungstrĤger oder bei einer nicht zustĤndigen Gemeinde eingegangen ist (§ 16 Abs 2 SGB I).

Da das Versicherungsamt ein Amt der Klägerin und diese als kreisfreie Stadt eine Gemeinde ist, welche für die Bewilligung von Rentenleistungen nicht zuständig ist (vgl dazu §Â§ 125 ff SGB VI), gilt der Rentenantrag grundsätzlich iS von § 16 Abs 2 Satz 2 SGB VI als im November 1991 gestellt. Die Besonderheit des vorliegenden Falles liegt nun darin, daÃ☐ die Ã☐bersendung des Antrages innerhalb derselben unzuständigen Gemeinde, nämlich der Klägerin, erfolgte, so daÃ☐ vordergründig das Argument der Beklagten zu tragen scheint, der Antrag habe wegen fehlender "AuÃ☐enwirkung" so lange keine Wirksamkeit erlangt, wie er nicht den Bereich der Klägerin verlassen habe. Dementsprechend könne er â☐☐ so ist die Beklagte wohl zu verstehen â☐☐ vom Versicherungsamt nicht im Rechtssinne "empfangen" worden bzw bei diesem "eingegangen" sein (so auch Vogel, SGb 1993, 355 ff). Hiervon kann aber vorliegend aufgrund der besonderen Stellung und Aufgaben der Versicherungsämter nicht ausgegangen werden.

Die VersicherungsĤmter sind zwar in die Gemeindeverwaltung eingegliedert, ihnen sind aber durch das SGB besondere Aufgaben übertragen worden, die den eigentlichen kommunalen Aufgabenbereich nicht betreffen, sondern vorwiegend den Versicherten und den zustĤndigen SozialleistungstrĤgern dienen. Die organisatorische Zugehörigkeit der Versicherungsämter zu den Gemeinden ist im wesentlichen aus praktischen Gründen erfolgt, der besondere Aufgabenbereich ergibt sich jedoch aus § 91 ff des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV). Im hier interessierenden Zusammenhang von wesentlicher Bedeutung ist § 93 Abs 2 SGB IV. Nach Satz 1 dieser Vorschrift haben die Versicherungsämter Anträge auf Leistungen aus der Sozialversicherung entgegenzunehmen. Darüber hinaus haben sie auf Verlangen des Versicherungsträgers den Sachverhalt aufzuklären, Beweismittel beizufügen, sich, soweit erforderlich, zu den entscheidungserheblichen Tatsachen zu äuÃ∏ern, und Unterlagen unverzüglich an den Versicherungsträger weiterzuleiten (§ 93 Abs 2 Satz 2 SGB IV). Aus dieser Beschreibung des Aufgabenbereiches (vgl hierzu auch Schultes, MittLVA Oberfr

1996, 124, 131 ff) ergibt sich, daà die Versicherungsà meter, die â de meinde als unterer verwaltungsbehà frde eingegliedert sind, im Vergleich zu den anderen à metern der Gemeindeverwaltung, was das Verhà metern zu den Sozialversicherungstrà metern der Gemeindeverwaltung, was das Verhà metern zu den Sozialversicherungstrà metern anbelangt, eine herausgehobene Bedeutung haben (vgl hierzu Verbkomm, § 16 SGB I, RdNr 4; Seewald in Kasseler Komm, § 16 SGB I, RdNr 8; Schultes, aaO, 133, 138; Knà frer, MittLVA Oberfr 1996, 331, 333 ff). Sie nehmen â der anders als sonstige fà de Leistungsbewilligung unzustà meter sie sieh je nach Sachlage nicht allein mit der Funktion als "weiterleitende Stelle" iS von § 16 Abs 2 Satz 1 SGB I begnà den, sondern haben insbesondere auch die Pflicht zur Beratung in Sozialversicherungsangelegenheiten (Bley in Gesamtkomm, § 16 SGB I Anm 5a; Schultes, aaO, 124, 131 ff).

SchlieÄ lich ist die Entgegennahme des Rentenantrages des Sozialamtes der Kläxgerin durch deren Versicherungsamt auch nicht unter dem Gesichtspunkt eines unzuläxssigen "In-Sich-Geschäxftes" unwirksam. Eine entsprechende Anwendung des <u>â§ 181 BGB</u> scheidet bereits deshalb aus, weil bei der Antragsentgegennahme weder die Kläxgerin selbst noch deren Versicherungsamt als Vertreter der Beklagten täxtig geworden ist. Die Versicherungsäxmter verrichten die ihnen vom Gesetz Ľbertragenen Aufgaben vielmehr in eigener Zustäxndigkeit (vgl dazu BSG, Urteil vom 20. Februar 1962 â land 1 RA 215/59 â land in Sozvers 1963, 62; BGHZ 26, 232; Gleitze in Gemeinschaftskomm and SGB IV, § 93 RdNr 13). Im übrigen ergeben sich auch sonst keine verfahrensrechtlichen Bedenken, wenn ein Amt einer Gemeinde den Antrag eines anderen Amtes im Rahmen seiner besonderen Zustäxndigkeiten zur Weiterleitung entgegennimmt (vgl dazu allg <u>BVerwGE 104, 79</u>, 82; BVerwG Buchholz 316 <u>å§ 73 VwVfG Nr 22</u>).

Allerdings wird auch in diesen FĤllen dem Grundsatz der "AuÄ∏enwirkung" des Antrags Beachtung geschenkt werden mýssen, dh wie auch bei Anträgen von Versicherten muÃ☐ der Antragseingang beim Versicherungsamt ordnungsgemäÃ☐ dokumentiert sein. Eine zB bloÃ☐e Verschiebung von Akten innerhalb der Gemeindeverwaltung oder gar nur ein Aktenvermerk in der Sozialamtsakte würde diesen Anforderungen nicht genÃ⅓gen können. FÃ⅓r den zuständigen Versicherungsträger muÃ☐ jedenfalls erkennbar sein, wann mit welchem Ziel und von wem bzw fÃ⅓r wen ein Antrag auf Leistungen aus der Sozialversicherung beim

Versicherungsamt gestellt worden ist. Liegt ein entsprechender Nachweis Ã⅓ber den Eingang eines konkreten Antrages vor, so muà der Antrag gemÃxà <u>§ 16 Abs 2 Satz 2 SGB I</u> als zu dem Zeitpunkt wirksam gestellt betrachtet werden, in dem er dem Versicherungsamt zur weiteren Bearbeitung oder Weiterleitung zugegangen ist.

Auch wenn das Sozialamt insoweit im Vergleich zu einem (auà enstehenden) Versicherten ein vermindertes "Transportrisiko" trà gt (so Vogel, SGb 1993, 355, 356), ist dieser Umstand nicht geeignet, allein damit die Wirksamkeit eines so gestellten Antrages zu verneinen. Anderenfalls kà nnte man auch die Wirksamkeit eines Rentenantrages in Zweifel ziehen, der von einem stà kdischen Angestellten bei dem Versicherungsamt seines Arbeitgebers gestellt worden ist. Zu Recht hat das LSG in diesem Zusammenhang auch auf den Gesichtspunkt abgestellt, daà ansonsten der Berechtigte, fà 4 den gemà A 91a BSHG der Anspruch geltend gemacht worden ist, ohne sachlichen Grund im Vergleich zu einem Berechtigten benachteiligt wà re, der selbst einen Antrag beim Versicherungsamt stellt.

Im ýbrigen wäre auch unter Zugrundelegung der Rechtsauffassung der Beklagten â\ wenn man vom vorliegenden Einzelfall einmal absieht â\ im Ergebnis für die Praxis auf Dauer kaum etwas gewonnen: Würde dem Sozialamt der Weg über das eigene Versicherungsamt für eine wirksame Antragsstellung versperrt, müÂ\ te es alle gemäÂ\ § 91a BSHG zu stellenden Anträge direkt an den zuständigen Leistungsträger senden. Von der Klägerin ist in diesem Zusammenhang eindrucksvoll geschildert worden, in welchem MaÃ\ edie Beklagte durch die erfolgte Einschaltung des Versicherungsamtes von der Prüfung zahlreicher Rentenanträge enthoben wurde, weil bereits dort festgestellt wurde, daÃ\ für eine Vielzahl von Sozialhilfeempfängern (noch) kein Rentenanspruch bestand, so daÃ\ nur ein Bruchteil der vom Sozialamt beim Versicherungsamt gestellten Rentenanträge an die Beklagte weitergeleitet wurde. Diese "Filterwirkung" der Versicherungsämter (siehe hierzu auch Grüner, ZfSH/SGB 1989, 561, 566) aufrechtzuerhalten, sollte daher auch im Interesse der Beklagten liegen.

Gemessen an den vorgenannten Grundsätzen bestehen angesichts der vom LSG getroffenen Feststellungen keine Zweifel, daÃ☐ der vom Sozialamt an das Versicherungsamt gesandte Antrag als wirksam gestellter Rentenantrag anzusehen ist. Der Antrag ist per Amtspost mit einem Begleitschreiben beim Versicherungsamt eingegangen, so daÃ☐ dieses in Wahrnehmung seiner in § 93 SGB IV beschriebenen Aufgaben tätig werden konnte und muÃ☐te. Dieser Eingang ist auch ausreichend dokumentiert und nachweisbar, was von der Beklagten nicht bestritten wird.

Wenn nun das Versicherungsamt für die Bearbeitung bzw Weiterleitung des formlosen Antrages mehr als zwei Jahre benötigte, so hat es objektiv gegen die ihm obliegenden Pflichten verstoÃ□en. Nach § 16 Abs 2 SGB I sind bei einem unzuständigen Leistungsträger gestellte Anträge unverzüglich an den zuständigen Leistungsträger weiterzuleiten. Für die Versicherungsämter ist diese Pflicht zusätzlich und ausdrücklich in § 93 Abs 2 Satz 2 SGB IV statuiert.

Das Versicherungsamt hÃxtte demnach den Rentenantrag entweder unverzÃ $\frac{1}{4}$ glich weiterleiten oder aber â $\boxed{}$ wenn es zunÃxchst den Formantrag unter Hinzuziehung der Beigeladenen ausfÃ $\frac{1}{4}$ llen und etwa erforderliche Unterlagen beifÃ $\frac{1}{4}$ gen wollte â $\boxed{}$ den Antrag unverzÃ $\frac{1}{4}$ glich bearbeiten mÃ $\frac{1}{4}$ ssen.

Dieses objektiv pflichtwidrige Verhalten des Versicherungsamtes mu̸ sich die Beklagte zurechnen lassen. Insoweit greift der von der Rechtsprechung herausgearbeitete Grundsatz, wonach im Rahmen des Herstellungsanspruches ein SozialleistungstrĤger fýr das Verhalten eines Dritten einzustehen hat, wenn dieser arbeitsteilig in die Wahrnehmung der Aufgaben des LeistungstrĤgers eingebunden ist (vgl BSG SozR 2200 § 1241a Nr 9; BSG SozR 3-2200 Nr 1; Jung in Festschrift Gitter, 1996, 417, 422 ff mwN; Wallerath, DÃ⊓V 1994, 757, 761; Ibsen, DVBI 1987, 389, 392, 394; Seewald in Kasseler Komm, vor <u>§Â§ 38</u> bis <u>47 SGB I</u> RdNr 59). Soweit die VersicherungsÄxmter im Rahmen ihrer Aufgabenzuweisung, insbesondere hinsichtlich der Entgegennahme von LeistungsantrĤgen, in den Verwaltungsablauf der RentenversicherungstrĤger eingeschaltet sind, hat ein RentenversicherungstrĤger grundsĤtzlich für ein pflichtwidriges Verhalten eines Versicherungsamtes gegenļber dem Versicherten einzustehen (vgl BSGE 57, 288 = SozR 1200 § 14 Nr 18; BSG, Urteil vom 29. Oktober 1991 â∏ 13/5 RI 38/89 -; Klattenhoff in Hauck, SGB I, § 14 RdNr 39; Jung, aaO, 425; Schultes, MittLVA Oberfr 1996, 124, 136 f).

Ihrem Einstehenmýssen kann die Beklagte auch in diesem Zusammenhang nicht entgegenhalten, aufgrund der organisatorischen Einbindung des Versicherungsamtes in die Gemeindeverwaltung handele es sich quasi um eine Pflichtwidrigkeit der Klägerin gegen sich selbst und die Klägerin habe es mithin selbst zu vertreten, wenn ihr Versicherungsamt den Antrag nicht pflichtgemäÃ☐ bearbeitet habe. Diese Argumentation verkennt, daÃ☐ das Versicherungsamt zwar einen Antrag des Sozialamtes entgegengenommen, damit aber den Rentenanspruch der Beigeladenen zu bearbeiten hatte. Die Pflicht zur unverzýglichen Weiterleitung oder Bearbeitung des Antrages bestand daher jedenfalls auch gegenýber der Beigeladenen.

Ebensowenig kann die Beklagte diesem Ergebnis mit der ErwĤgung entgegentreten, es sei nicht sachgerecht und für sie unerträglich, ihr im vorliegenden Fall das pflichtwidrige Verhalten des Versicherungsamtes zuzurechnen. Dabei sei zu berücksichtigen, daÃ☐ die Sozialämter in einer Vielzahl von Fällen Rentenanträge für ganze Jahrgänge von Sozialhilfeempfängern gestellt hätten und die Bearbeitung dieser groÃ☐en Zahl von Rentenanträgen nicht zeitnah habe erfolgen können. Es müÃ☐ten von den Rentenversicherungsträgern für bereits abgelaufene Zeiträume noch Rentenansprüche befriedigt werden, mit denen nicht mehr gerechnet worden sei. Zudem kämen diese Ansprüche weitgehend gar nicht mehr den Versicherten, sondern den antragstellenden und erstattungsberechtigten Sozialhilfeträgern zugute. Dieser Argumentation vermag der erkennende Senat nicht zu folgen. Sie läÃ☐t auÃ☐er Acht, daÃ☐ die Sozialhilfeträger gesetzlich verpflichtet sind, vorrangig zuständige Leistungsträger in Anspruch zu nehmen, um den Kreis der Sozialhilfeempfänger möglichst klein zu halten. Es kann ihnen schon deshalb

nicht verwehrt sein, mĶglichst frļhzeitig und umfassend RentenantrĤge fļr Sozialhilfeberechtigte zu stellen, bei denen die MĶglichkeit eines zu realisierenden vorrangigen Rentenanspruches besteht. Gerade aufgrund des mit dem Rentenreformgesetz 1992 verstärkten Antragsprinzips (vgl <u>§ 99 SGB VI</u>) kommt dem Zeitpunkt der Antragstellung fýr die Realisierung von Rentenansprüchen â∏∏ und damit für die Realisierung von Erstattungsansprüchen des Sozialhilfeträgers â∏ erhöhte Bedeutung zu. Auch der Einwand, die VersicherungsÃxmter seien bei der Vielzahl der gestellten AntrÃxge überlastet und nicht in der Lage, die AntrĤge zeitnah zu bearbeiten, ist nicht geeignet, das Ergebnis in Frage zu stellen. Allgemeine personelle und/oder organisatorische Schwierigkeiten der VersicherungsÄxmter kĶnnen eine Verkļrzung der individuellen Rechte der Versicherten ebensowenig rechtfertigen wie derartige EngpÄxsse bei den RentenversicherungstrÄxgern selbst. Im ýbrigen ist es den VersicherungsÄxmtern jedenfalls mĶglich gewesen, Ablichtungen der von den Sozialämtern formlos gestellten Anträge â∏ als eine Art Vorabinformation â∏ unverzüglich den zuständigen Rentenversicherungsträgern zu übersenden.

Das im Ergebnis der Beklagten zuzurechnende pflichtwidrige Verhalten des Versicherungsamtes der Klä¤gerin war nach dem vom LSG festgestellten Sachverhalt auch kausal dafä½r, daä der Antrag auf Beitragsnachentrichtung erst im April 1994 gestellt worden ist. Bei unverzä½glicher Bearbeitung oder Weiterleitung des Rentenantrages wä¤re dem zustä¤ndigen Sachbearbeiter des Versicherungsamtes oder der Beklagten bereits zu einem sehr viel frä¾heren Zeitpunkt aufgefallen, daä die Beigeladene nur noch wenige Beiträ¤ge zu leisten hatte, um die Wartezeit von 35 Jahren zu erfä¼llen. Nach einem sodann gebotenen Hinweis wä¤re der Antrag auf Nachentrichtung der erforderlichen Beiträ¤ge von der Beigeladenen rechtzeitig vor Vollendung ihres 63. Lebensjahres gestellt worden. Da auch die Einzahlung der Beiträ¤ge unverzä¼glich erfolgt wä¤re, ist davon auszugehen, daä die Voraussetzungen fä¼r den Beginn der Altersrente gemä¤ä.

Durch die der Beklagten zuzurechnende Pflichtverletzung hat die Beigeladene einen sozialrechtlichen Nachteil erlitten. ZunĤchst lassen sich vorliegend wirtschaftliche Nachteile selbst für den Fall nicht gĤnzlich ausschlieÄ□en, daÃ□ der von der KlĤgerin geltend gemachte Erstattungsanspruch dazu führt, daÃ□ eine Rentennachzahlung an die Beigeladene nicht erfolgen kann. Es ist immerhin denkbar, daÃ□ dem Zeitpunkt des Beginns der Rente für etwaige spätere Neuberechnungen aufgrund geänderter gesetzlicher Vorschriften oder infolge der Anerkennung weiterer, bislang nicht berücksichtigter Versicherungszeiten Bedeutung zukommen kann.

Darüber hinaus stellt es nach Auffassung des erkennenden Senats für sich genommen bereits einen die Beigeladene treffenden sozialrechtlichen Nachteil dar, wenn der Rentenbeginn nicht richtig festgesetzt worden ist. Die Rentenversicherungsträger sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, daÃ☐ jeder Berechtigte die ihm zustehenden Leistungen in zeitgemäÃ☐er Weise, umfassend und schnell erhält (§ 17 Abs 1 Nr 1 SGB I). Dieser Pflicht des Leistungsträgers steht der Anspruch des Berechtigten auf korrekte und umfassende Feststellung

seines Anspruches gegenýber (§ 38 SGB I). Unabhängig von der momentanen finanziellen Auswirkung besteht daher ein Anspruch des Berechtigten auf zutreffende Feststellung seines Sozialleistungsanspruches nach Höhe und Dauer, dh einschlieÃ∏lich des Beginns des Anspruchs. Hierzu gehört auch die Feststellung eines Rentenanspruches anstelle der bislang gewährten Sozialhilfe. Bei der Rente handelt es sich um einen im wesentlichen auf eigener Leistung beruhenden Anspruch, der im Gegensatz zur Sozialhilfe keiner BedürftigkeitsprÃ⅓fung unterliegt. Insoweit ist fÃ⅓r den Berechtigten mit der Rentengewährung auch ein anderer sozialrechtlicher Status verbunden.

Nach alledem hat die Beigeladene Anspruch darauf, so gestellt zu werden, wie sie stýnde, wenn sich die Beklagte bzw das Versicherungsamt pflichtgemÃxÃ☐ verhalten hÃxtte. Die Beigeladene ist daher so zu behandeln, als ob sie den Antrag auf Nachentrichtung der freiwilligen BeitrÃxge spÃxtestens im Dezember 1992 gestellt und die BeitrÃxge sodann zeitnahe gezahlt hÃxtte. Da die Voraussetzungen für die Altersrente mithin im Dezember 1992 vollstÃxndig erfüllt gewesen wÃxren, hat die Rente der Beigeladenen im Herstellungswege zum 1. Januar 1993 zu beginnen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193</u> Sozialgerichtsgesetz.

Erstellt am: 25.08.2003

Zuletzt verändert am: 20.12.2024